

«Insieme darf nicht unterschätzt werden»

Der SP-Präsident hält eisern an PUK-Forderung fest

Das Informatikprojekt Insieme würde nach Auffassung von SP-Präsident Christian Levrat die regulären Aufsichtsorgane des Parlaments überfordern. Die bürgerlichen Fraktionen zögern, eine PUK zu verlangen.

René Zeller, Markus Häfliger, Bern

Vor Wochenfrist zog Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf die Notbremse. Das Informatikprojekt Insieme der Eidgenössischen Steuerverwaltung wurde nach jahrelangen Turbulenzen abgebrochen (NZZ 21.9.12). Im zuständigen Departement wird die Schadensbilanz des misslungenen Vor-



«Wir bleiben mit Sicherheit dran.»

Christian Levrat
Präsident SP Schweiz

bens auf gegen 100 Millionen Franken beziffert. Aus den Parteizentralen kulterierten Begriffe wie «Fiasko», «Skandal», «Debakel».

Levrats Handschrift

Energischer als die Konkurrenz reagierte die Linke. Die SP legte postwendend einen gepfefferten Fragenkatalog vor. Dieser trägt die Handschrift des Parteipräsidenten. Christian Levrat hatte Insieme als Mitglied der nationalrätlichen Finanzkommission jahrelang begleitet. Auch nach seiner Wahl in den Ständerat hat er die Entwicklung in der Steuerverwaltung skeptisch verfolgt.

Für Levrat stand schon letzte Woche fest, dass zwingend eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) für Klärung sorgen müsse. Dieser Imperativ hat in den eidgenössischen Räten noch nicht gezündet. Die Vorbehalte der anderen Fraktionen bringen Levrat jedoch nicht von seinem Weg ab. «Das Ausmass von Insieme darf nicht unterschätzt werden», mahnt er. Wer meine, die regulären Geschäftsprüfungskommissionen seien in der Lage, Licht ins Dunkel zu bringen, liege falsch. Die verwaltungsinterne Projektorganisation

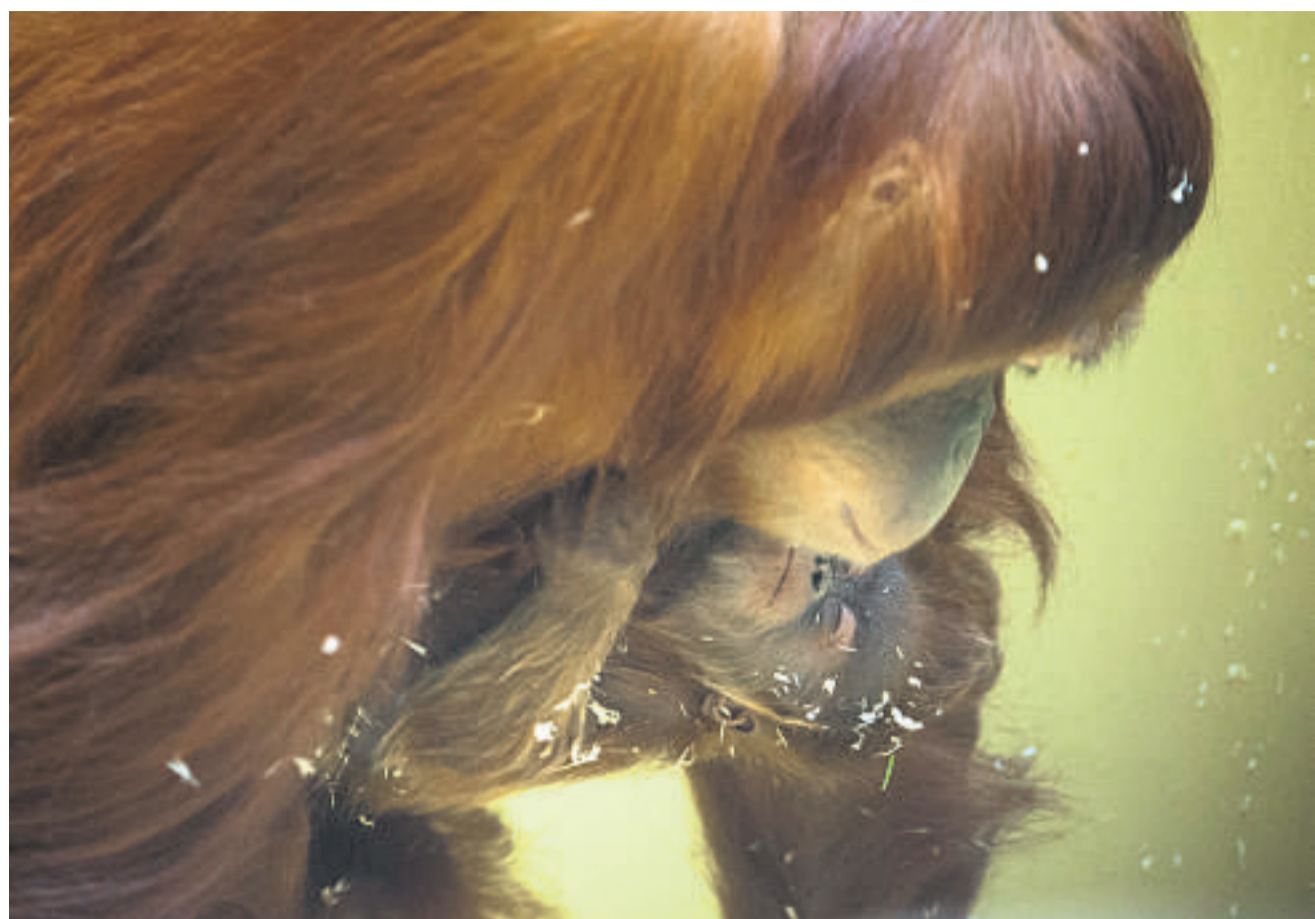
Insieme habe die parlamentarischen Aufsichtsorgane über etliche Jahre getäuscht. «Allein für diese Untersuchungen würde eine GPK zwei Jahre benötigen.» Auch die Finanzdelegation beider Räte wäre überfordert, urteilt Levrat. «Nicht einmal Eveline Widmer-Schlumpf hat den Überblick über die wahre Dimension des Debakels.»

Bürgerliche in Wartestellung

Auf bürgerlicher Seite ist man indes nicht gewillt, der SP vorbehaltlos Flankenschutz zu geben. Am Mittwoch erörtere FDP-Fraktionschefin Gabi Huber die Sachlage mit den freisinnigen Finanzpolitikern. Zwar müssten die Verfehlungen bei Insieme vollständig abgeklärt werden. «Aber das kann eine GPK leisten», so Huber. Namens der SVP meinte Toni Brunner, bisher habe die Konkurrenz seiner Partei stets die kalte Schulter gezeigt, wenn sie eine PUK gefordert habe. Man wolle jetzt abwarten, wie sich die Lage entwickle. Bereits am Dienstag liess die CVP-Fraktion verlauten, zunächst sollten die bestehenden Kommissionen die Abläufe darstellen, bevor «allenfalls die Einsetzung einer PUK diskutiert» werde.

In der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats ist das Thema bereits traktandiert. Man werde Mitte Oktober die Finanzdelegation anhören und dann über das weitere Vorgehen entscheiden, sagt GPK-Präsident Ruedi Lustenberger (cvp., Luzern). Ebenfalls Mitte Oktober will auch Finanzkommissionspräsident Pirmin Schwander (svp., Schwyz) die Insieme-Affäre behandeln. Er selber befürwortet die Einsetzung einer PUK, sofern sie nicht nur der «Abrechnung» mit den Verantwortungsträgern diene. Gegen eine Untersuchung durch die GPK spreche, dass diese primär die Vergangenheit aufarbeiten würde, sagt Schwander. Eine PUK hingegen könnte am Beispiel von Insieme Lösungen für den künftigen Umgang mit Informatikprojekten erarbeiten, so Schwander.

Christian Levrats Hoffnungen ruhen auf den Finanzkommissionen: Dort werde man zwangsläufig zum Schluss kommen, dass ausserordentliche Abklärungen unumgänglich seien. An einer parteipolitischen Zuspitzung sei er nicht interessiert. Wenn aber die Finanzkommissionen keine PUK verlangten, werde die SP mit einer parlamentarischen Initiative nachstossen, sagt Levrat. «Wir bleiben mit Sicherheit dran.»



Orang-Utans im Zürcher Zoo: Tiergerechte Haltung heisst auch, natürliches Sozialverhalten zu ermöglichen.

CHRISTIAN BEUTLER / NZZ

Tierschutz mit Zoos mehrheitlich zufrieden

Eine tiergerechte Haltung muss nicht artgerecht sein

Der Tierschutz pocht auf eine artgerechte Haltung in den Zoos. Die Zoos meinen, dies sei nicht zu erfüllen. Entscheidend sei, dass sich die Tiere wohl fühlen.

Markus Hofmann

Es ist sinnbildlich gewesen: Der Direktor des Zürcher Zoos, Alex Rübel, sass während der Pressekonferenz des Schweizer Tierschutzes (STS) einmütig neben dessen Präsidenten, Hans Lienhard. Der aktualisierte Zoo-Bericht wurde im Zürcher Zoo, gleich neben der Masoala-Halle, den Medien vorgestellt. Damit wollte der Tierschutz ausdrücken, dass sich in der Haltung von Wildtieren in der Schweiz in den letzten Jahren vieles zum Besseren verändert hat und er mit der in den Zoos geleisteten Arbeit mehrheitlich zufrieden ist. Und Zoodirektor Rübel liess sich die Gelegenheit nicht nehmen, für die Sache der Zoos und insbesondere diejenige des Zürcher Zoos zu werben.

Lienhard und Rübel waren sich in den meisten Belangen einig. Beim Adjektiv «artgerecht» intervenierte Rübel jedoch. Die Forderung des Tierschutzes

nach artgerechter Haltung von Wildtieren sei nicht erfüllbar, sagte Rübel. Artgerecht könnten Wildtiere nur in der Wildnis leben. Die Jagd von Raubtieren nach Zebras etwa sei in Zoos nicht möglich. Zoos müssten dafür sorgen, dass Wildtiere tiergerecht gehalten werden: «Den Tieren muss es wohl sein.» Dafür sei nicht die Grösse des Geheges entscheidend, sondern was die Tiere darin machen könnten. Soziales Verhalten, Futterbeschaffung und die Vermeidung von Feinden: Die Aufgabe der Zoos sei es, diese drei tierischen Beschäftigungen zu ermöglichen.

Der STS ist der Meinung, dass dies der Zürcher Zoo gewährleistet. Als vorbildlich wird die neue Pantanal-Anlage hervorgehoben. Negativ ist dem Tierschutz die Haltung der Königspinguine aufgefallen. Bei dieser antarktischen Tierart sei die Haltung grundsätzlich infrage zu stellen. Verbesserungsmöglichkeiten sieht der STS bei den Menschenaffen und den Elefanten. Bereits laufen die Bauarbeiten für eine neue Anlage für die Asiatischen Elefanten. Ein neues Gehege für die Menschenaffen ist erst mittel- bis längerfristig geplant. Der Basler Zoo eröffnet hingegen dieser Tage eine neue Aussenanlage für Gorillas, Schimpansen und Orang-Utans.

Zufrieden zeigt sich der STS mit der Tendenz der Zoos, weniger Tierarten zu halten und dafür den verbliebenen Tieren mehr Platz einzuräumen. Illegale Verhältnisse wurden keine dokumentiert. Die Tierschutzverordnung werde teilweise deutlich mehr als erfüllt. Die geltenden Gesetze stellten allerdings die «Grenze zur Tierquälerei» dar, sagte Lienhard, weshalb der STS Zoos kritisiere, die lediglich die Normen einhielten. Im Berner Tierpark Gäbelbach würden Waschbären in einem «dreieckigen Zwinger» gehalten, sagte Sara Wehrli vom STS. Dies sei wohl nicht illegal, aber dennoch «skandalös».

Noch nicht ganz verdaut ist die Affäre rund ums Conny-Land und das damit einhergehende Verbot der Delphinhaltung. Zoodirektor Rübel erachtet den Beschluss des Parlaments weiterhin als falsch. Statt eines Verbots hätte man die Kriterien so festlegen müssen, dass eine tiergerechte Haltung von Delphinen gewährleistet ist – auch wenn dies faktisch wohl ebenfalls dazu geführt hätte, dass die Delphinhaltung in der Schweiz eingestellt worden wäre. Für den STS gehören Delphine neben den Eisbären aber zu denjenigen Wildtieren, bei denen eine tiergerechte Haltung schlicht unmöglich ist.

Die Kinder wurden mit Foltermethoden bestraft

Der Kanton Luzern und die katholische Kirche liessen Misshandlungen und Missbrauch in Kinder- und Jugendheimen beispielhaft aufarbeiten

Der Alltag in den Luzerner Erziehungsanstalten war grausam. Das zeigen zwei wissenschaftliche Studien. Die Luzerner Regierung will einen Ort des Erinnerns schaffen.

Erich Aschwanden, Luzern

Neun Jahre lang war Armin Meier Mitte des 20. Jahrhunderts Zögling in der Erziehungsanstalt oder war, wie er es nennt, im «Zuchthaus» Sonnenberg oberhalb von Kriens untergebracht. Nach langen Jahren des Schweigens und der Verdrängung konnte er am Mittwoch an einer Medienkonferenz des Luzerner Regierungsrates und der katholischen Kirche eine abschliessende Bilanz ziehen: «Was in diesen Berichten steht, stimmt genau. Für mich ist das ein Abschluss heute.» Eine Nation, die fähig sei, solche Geschehnisse aufzuarbeiten, sei eine gute Nation.

In der ganzen Schweiz sind die oft grausamen Geschehnisse in Kinder- und Jugendheimen noch nicht aufgearbeitet, doch Luzern hat mit den am

Mittwoch vorgestellten Studien Pionierarbeit geleistet.

Spirale von Strafen

Es ist erschütternd, was der Historiker Markus Furrer von der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz mit seinem Team herausgefunden hat. Es waren keine Einzelfälle, sondern Heimkinder wurden systematisch misshandelt und missbraucht. Von 42 früheren Heimzöglingen, die interviewt wurden, schilderten 38 Befragte, dass sie körperlich gezeichnet wurden. «Einige der angewendeten Strafpraktiken werden heute als Foltermethoden aufgeführt, wie das Unter-Wasser-Drücken des Kopfes oder das Einsperren in dunkle, verliesähnliche Räume», erklärt Furrer. Vor allem rebellische oder bettnässende Kinder seien in eine eigentliche Spirale von Strafen geraten.

Mehr als die Hälfte der Befragten berichteten von sexueller Gewalt. Gemäss Furrer wurde diese durch verschiedene Faktoren begünstigt: die Heimsituation, Vertuschungsaktionen von Tätern und Drittpersonen sowie die tabuisierende Sexualmoral. Heimkinder

hätten als unglaubwürdig und triebhaft gegolten. Die Untersuchung für die Jahre 1930 bis 1970 macht deutlich, dass es sich um systematische Versäumnisse gehandelt hat. Die Heimkinder seien von der Gesellschaft stigmatisiert worden – während des Heimaufenthalts und danach. Viele ehemalige Zöglinge hatten Schuldgefühle und schämten sich, über ihre Vergangenheit zu reden.

Die meisten der untersuchten 15 Kinderheime wurden privat geführt. Die finanzielle Lage der Heime war angespannt, so dass die Arbeitsleistung der Kinder eine wichtige Finanzquelle bildete. «Wenig Personal umsorgte eine grosse Schar Kinder, die militärisch organisiert wurden. Das Essen musste billig und streng rationiert sein, die Kleider waren oft ärmlich und abgetragen», sagt Furrer.

Kirche auf falscher Seite

Im Auftrag des Synodalrates hat der Theologe Markus Ries von der Universität Luzern die Verantwortung der Kirche unter die Lupe genommen, standen doch bis in die 1960er Jahre zwei Drittel der Luzerner Kinderheime unter kirch-

licher Aufsicht. Für Ries ist klar, dass es nicht trotz der kirchlichen Verantwortung, sondern gerade ihretwegen zu den systematischen Übergriffen kam. Das von ihm geleitete Team zeigt in der Studie «Hinter Mauern», dass die Misshandlungen auch spezifisch religiös bedingt waren. Katholische Pädagogik mit Strafe und Leiden, weltanschauliche

«DOK»-FILM ALS AUSLÖSER

Den Anstoss, die Misshandlungen und den Missbrauch in Luzerner Kinderheimen wissenschaftlich zu untersuchen, gab nicht zuletzt der «Dok»-Film «Das Kinderzuchthaus» von Beat Bieri. In diesem 2010 ausgestrahlten Film sprachen ehemalige Zöglinge der Luzerner Erziehungsanstalt Rathausen erstmals über die Grausamkeiten, die sie über sich hatten ergehen lassen müssen. Aus Anlass der Veröffentlichung der Untersuchungsberichte zeigt das Schweizer Fernsehen am Donnerstag, 27. September, ab 20 Uhr 05 den Film «Kindergeschichte – Misshandelt nach göttlichem Recht», eine aktualisierte Fassung von «Das Kinderzuchthaus».

Rivalitäten, unreflektierte oder unreife Sexualität sowie weltliche Wirkungen des Ordensideals seien wesentliche Ursachen für die unhaltbaren Zustände gewesen. «Statt auf der Seite der Schwachen und Verwundeten zu stehen, hat sich die Kirche mit den Herrschenden eingelassen», erklärt Ries.

Mit der Publikation der beiden Studien ist es für die Luzerner Regierung nicht getan. Bereits im Frühling 2011 hatte Regierungsrat Guido Graf die Betroffenen um Entschuldigung gebeten. Voraussichtlich in Rathausen, wo eines der gefürchtetsten Erziehungsheime stand, soll ein Ort des Erinnerns entstehen. An dieser Stelle erinnert bereits eine Gedenktafel der Luzerner Katholiken an das Schicksal der Heim- und Verdingkinder. Auch die katholische Kirche will Konsequenzen aus der unrühmlichen Vergangenheit ziehen. Ruedi Heim, Bischofsvikar des Bistums Basel, erklärte am Mittwoch: «Die Kirchen müssen daran arbeiten, dass nicht unter Berufung auf die sogenannte göttliche Autorität berechnete oder demokratischer Mitbestimmung abgeblockt werden.»